

Ministerium für Soziales, Gesundheit und
Integration Baden-Württemberg
Herrn Minister Manne Lucha MdL
Else-Josenhans-Str. 6
70173 Stuttgart

Landratsamt
Main-Tauber-Kreis
Herrn Landrat Christoph Schauder
Gartenstraße 1
97941 Tauberbischofsheim

Wertheim, den 21. Februar 2024

Offener Brief zur Rotkreuzklinik Wertheim:

Stellen Sie Klarheit her - sichern Sie den Krankenhausstandort Wertheim

Sehr geehrter Herr Minister Lucha,
sehr geehrter Herr Landrat Schauder,

seit dem 6. September 2023 befindet sich die Rotkreuzklinik Wertheim in einem Insolvenzverfahren. Bis zum heutigen Tage ist es nicht gelungen einen neuen Träger und Betreiber für das Krankenhaus zu finden. Nach einer über fünfmonatigen Suche kann nicht davon ausgegangen werden, dass es dem Insolvenzverwalter gelingen wird, einen privaten Käufer für die Rotkreuzklinik zu finden. In mehreren Gesprächen und Schreiben hat die Stadt Wertheim verdeutlicht, wie essenziell der Erhalt des Krankenhauses für die Gesundheitsversorgung der hier und im Umkreis lebenden Bürgerinnen und Bürger ist.

Darum heben wir die wichtigsten Argumente für den Erhalt des Krankenhauses nochmals hervor:

- Über 50.000 Bürgerinnen und Bürger hätten bei einem Wegfall des Krankenhausstandortes in Wertheim einen durchschnittlichen Anfahrtsweg von über 32 Minuten zu einem Krankenhaus der Grundversorgung. Vergleichsweise hierzu beträgt die Fahrzeit im Status quo circa 19 Minuten.
- Im Jahr 2023 sind über 11.500 Patienten im Rahmen der Notfallversorgung in der Rotkreuzklinik behandelt worden. Darunter 70 Prozent die zeitkritisch waren (die Behandlung musste innerhalb von 30 Minuten erfolgen).
- Im Falle eines Wegfalls der Zentralen Notfallaufnahme ist die Qualität und Sicherstellung einer medizinischen Versorgung, aufgrund einer Verdopplung bzw. Verdreifachung des derzeitigen Fahrtweges, in großer Gefahr. Zur nächstgelegenen Notfallaufnahme, die wie Wertheim ebenfalls eine Schlaganfalleinheit (Stroke-Unit) beinhaltet, würde eine Fahrzeit von 38 Minuten benötigt werden.

Bis zum heutigen Tag haben sowohl das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration sowie das Landratsamt des Main-Tauber-Kreises keine verbindliche Aussage zur Zukunft des Krankenhausstandortes Wertheim getroffen.

Deshalb fordern wir Sie auf:

- 1. Stellen Sie unmissverständlich fest, dass ein Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung in Wertheim bedarfsnotwendig ist.**
- 2. Stellen Sie fest und legen dar, wie viele Krankenhausbetten am Standort Wertheim vorgehalten und welche medizinischen Leistungen an diesem Krankenhausstandort erbracht werden müssen, um die erforderliche Bedarfsnotwendigkeit zu erreichen.**
- 3. Stellen Sie unmissverständlich fest, dass eine Zentrale Notfallaufnahme am Standort in Wertheim zu erhalten ist.**

Diese von Ihnen zu treffenden Feststellungen bilden die Grundlage für den Erhalt des Krankenhauses in Wertheim. Ohne diese Festlegungen kann kein zukünftiger Träger den Betrieb des Krankenhauses fortsetzen.

Das vom Insolvenzverwalter erarbeitete und Ihnen bekannte Restrukturierungsprogramm des Krankenhauses wird erheblichen Finanzierungsbedarf in den nächsten Jahren auslösen, da auch zukünftige finanzielle Defizite in Millionenhöhe zu erwarten sind. Um den Betrieb des Krankenhauses in Wertheim als Grund- und Regelversorger fortzuführen ist nach den uns vorliegenden Informationen von einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von 39 bis 49 Millionen Euro allein bis zum Jahr 2030 auszugehen. Auch in den darauffolgenden Jahren muss weiter mit einem jährlichen Defizit in Millionenhöhe gerechnet werden.

Nach § 4 Abs. 2 i.V.m § 11 des Landeskrankenhausgesetzes erstellt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Landkrankenhausausschuss den Krankenhausplan. Ist eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern nicht durch andere Träger sichergestellt, so trifft die Stadt- und Landkreise die Pflicht, nachdem Krankenhausplan notwendige Krankenhäuser und Krankenseinrichtungen zu betreiben (§ 3 Abs. 1 LKHG).

Weder ist es die gesetzliche Aufgabe der Stadt Wertheim ein Krankenhaus zu betreiben, noch entspricht es der Leistungsfähigkeit einer Stadt mit 23.500 Einwohnern die Trägerschaft hierfür zu übernehmen. Gleichwohl ist die Stadt Wertheim bereit sich finanziell für den Erhalt des Krankenhauses einzubringen und in eine kommunale Trägerschaft einzusteigen, insofern der Landkreis des Main-Tauber-Kreises sich an deren Finanzierung ebenfalls maßgeblich beteiligt. Im gegenwärtigen Stadium sehen wir keine Alternative, um das Krankenhaus in Wertheim als Haus der Grund- und Regelversorgung zu erhalten. Deshalb fordern wir Sie auf: Begeben Sie sich auf diesen Weg. Die Stadt Wertheim steht hierfür bereit.

Bereits vorsorglich informieren wir Sie darüber, dass mögliche Überlegungen den Krankenhausstandort Wertheim zu schließen und die bedarfsnotwendige Anzahl von Krankenhausbetten sowie eine ausgebaute Zentrale Notfallaufnahme zukünftig im Krankenhaus Tauberbischofsheim abzubilden von Seiten der Stadt Wertheim eine unmissverständliche Ablehnung erfahren. Es wäre für die Stadt Wertheim vollkommen inakzeptabel, wenn zu Lasten des Kreishaushaltes des Main-Tauber-Kreises (an deren

Finanzierung die Stadt Wertheim über die Kreisumlage beteiligt ist) in Tauberbischofsheim neue Kapazitäten geschaffen würden, während in Wertheim eine Schließung erfolgt, weil der Landkreis nicht bereit ist sich an einer Trägerschaft und den damit verbundenen Kosten zu beteiligen.

Abschließend möchten wir betonen, dass wir in unseren kommunalpolitischen Funktionen als Oberbürgermeister, Fraktionsvorsitzende des Gemeinderats, wie auch die gesamte Stadtverwaltung Wertheim für vertrauliche und konstruktive Gespräche zum Erhalt des Krankenhauses in Wertheim stets zur Verfügung gestanden haben und dies auch weiterhin tun. Nachdem wir nun aber seit Monaten mit dem Verweis auf das laufende Insolvenzverfahren hingehalten werden und verlässliche Aussagen ausbleiben, sehen wir uns zu diesem Schritt eines offenen Briefes genötigt.

Ohne ein Handeln des Landes Baden-Württemberg und des Landkreises Main-Tauber steht das Krankenhaus in Wertheim vor der Schließung. Die Gesundheitsversorgung der Stadt Wertheim und zahlreicher angrenzenden Gemeinden droht eine erhebliche Verschlechterung. Es ist ihre Aufgabe dies zu verhindern. Wir bitten Sie eindringlich Ihrer Aufgabe und Verantwortung gerecht zu werden und diese nicht länger auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rotkreuzklinik, der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger sowie dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung abzuladen.

Mit freundlichen Grüßen



Markus Herrera Torrez

Oberbürgermeister



Axel Wältz

Vorsitzender der CDU-Fraktion



Patrick Schöni

Vorsitzender der SPD-Fraktion



Songrit Breuninger

Vorsitzende der Fraktion der Freien Bürger



Stefan Kempf

Vorsitzender der Fraktion der Bürgerliste



Richard Diehm

Vorsitzender der B90/Grünen-Fraktion